

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
H. Geeter, Industriehalle  
Messehof-Zürich

**Postsendungen**  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

**Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie**

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Wierteljahrespreise von  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)  
Fr. 2.— für Deutschland (Kontant)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontant)  
Fr. 2.30 für alle übrigen Länder des  
Continental-Europas (Kontant).

**Jahehr**  
Die bezugslosten Postgebühren  
25 Cts. — 20 Pf.

**N<sup>o</sup>. 47.**

**Sonntag, 21. November.**

**1880.**

**Zeits an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, kann verfolgt wird und die dortigen Behörden für alle Fälle geben, unsere Beziehungen nach jenen Ländern möglichst zu erkennen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Beziehungen nach dort abzuschneiden, so ist die höchste Pflicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verstanden werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Beziehungen zu ändern, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptverpflichtung ist hierin einzuhalten, daß unsere Freunde so leicht

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag leicht abzurufen, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In postschwierigen Fällen empfiehlt sich deshalb größter Sicherheitsempfehlung. Sowie an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Zum bamburger Belagerungszustand.

Es ist wohl vor Sozialisten nicht erst nötig, die Gründe dafür zu entwickeln, warum nach dem ersten Gefühl der Wuth über den neuen Gewaltstreich und nach der Sorge für die Ordnung der Parteiverhältnisse in dem „belagerten“ Gebiet der nächste Gedanke der war, den Opfern des schauftigen Willküraktes mit Rath und That helfend beizuspringen. Unser Grundfatz: einer für alle und alle für einen und das natürliche Gefühl weisen jeden Sozialdemokraten auf die Pflicht hin, die um der gemeinsamen Sache willen. Verfolgten brüderlich zu unterstützen.

Und die Genossen haben diese Pflicht begriffen. Von allen Richtungen her sind freudig gespendete Unterstützungsgelder in einem Maße eingegangen, daß die ausgewiesenen Genossen mit den unentbehrlichsten Geldmitteln wenigstens für den Anfang versehen werden konnten.

Und nicht nur aus Deutschland selbst kommen solche überzeugende Beweise der alle Bekenner des Sozialismus verbindenden Solidarität. Auch die Genossen im Ausland haben die Stimme ihrer deutschen Brüder gehört und beantwortet sie in ächt brüderlicher Weise. Der Landesrath der belgischen Arbeiterpartei hat sofort einen Aufruf an die Partei zur schleunigen Sammlung „für die Opfer der bismarckischen Dragoonaden“ erlassen; und die wackeren genter Arbeitervereinigungen haben sofort 300 Fr. geschickt, von einem brüderlichen Schreiben begleitet, das die Hoffnung auf reichlichen Erfolg des Aufrufes in allen belgischen Städten ausdrückt. Von Zürich konnten jener Spende 175 Fr. beigelegt werden. Und eine Reihe von Beiträgen aus anderen Städten des Auslandes sind angefündigt.

Ja selbst zahlreiche Nichtsozialisten, die sich noch Rechtsgefühl genug bewahrt haben, und sogar eingestrichelte Gegner des Sozialismus, in denen sich das Gewissen über ihre Mitschuld an diesem Willkürakt oder doch ein Gefühl der einfachen Humanität regt, — auch sie haben ihre Spenden gesandt. So allgemein ist das Gefühl von der unerhörten Ungerechtigkeit der seit den atnapoleonischen Kriegszeiten nicht erlebten Massenvertreibungen von Herd und Heimath, der Massenvernichtung von hundert Existenzen, daß bis jetzt kein einziges Blatt, gleichviel ob nationalliberal oder konservativ, es gewagt hat, sich gegen die Sammlungen auszusprechen. Selbst Organen, denen sonst kein Mittel zu schlecht ist im Kampf gegen den Sozialismus, offenen Denunziantenblättern verlagten die gewohnten Waffen für den Augenblick und sie haben nicht den Muth, dem allgemeinen Zug zu widerstehen.

Nur ein Blatt, im ganzen Umfang der europäischen Presse nur ein Blatt, hat die Stirn, sich nicht nur gegen die Sammlungen zu wenden, sondern angesichts vierhundert im Beginn des Winters obdach-, arbeits- und mittellos hinausgestoßener Arbeiter den „Klingelbeutel“ zu höhnen. Dies Blatt ist die Moskische „Freiheit“ in London. Sie spottet über den „Bettel“, über die „geschwungenen Klingelbeutel“ und die „Betteljäger“, sie weiß die Familien der ausgewiesenen Genossen an, bei der staatlichen Armenpflege zu betteln, im Armenhaus Zuflucht zu suchen; sie erklärt die Unterstützung der gemäßigten Genossen für einen Unfug und schädlich für die Parteipropaganda und höhnt, daß „dies System (der Unterstützung) schon noch ganz von selbst illusorisch werde“. Und um die Genossen nach Möglichkeit vom Steuern von Unterstützungsgeldern abzuhalten, läßt das Blatt, daß die „Führer“ Reimer, Brasch und Brückmann — es sind klugerweise drei Genossen gewählt, welche sich bereits auf dem Weg nach Amerika befinden und sich daher nicht wehren können — von den Parteigeldern „gestohlen, prunkende Feste gefeiert und das Gestohlene in Bordellwirthschaften verjubelt“ hätten.

Wir rühren nur widerstrebend an dieser Stelle, die den edelsten Regungen gewidmet ist, an eine Eiterbeule. Aber wenn sich die Niedrigkeit der Gesinnung selbst bei solcher Gelegenheit so schamlos breit macht, dann darf man sie nicht todtschweigen. Sie sei der Verachtung aller ehrlichen Leute überliefert!

Und nun zu unsern verfolgten bamburger Brüdern zurück. Selbstverständlich gilt es nicht nur, unsern Genossen vorübergehende pekuniäre Unterstützung zu reichen, sondern mehr noch, ihnen Arbeit zu verschaffen. Die Art der bisherigen Beschäftigung und die persönlichen Verhältnisse der 75 namentlich bekannt gewordenen Ausgewiesenen sind aus folgender Liste ersichtlich.

Vorab scheiden als solche, die entweder bereits eine Existenz gefunden oder der Hilfe nicht bedürfen, aus:

1. E. Hillmann, Redakteur	verheirathet	4 Kinder
2. W. Blos, Redakteur	"	"
3. J. Kuer,	"	1 "
4. F. Oldenburg, Redakteur	ledig	"
5. H. Diep, Buchhandlungsbesitzer	verheirathet	4 "
6. H. W. Hartmann, Gastwirth	"	2 "
7. J. A. Estelsson,	"	4 "
8. F. Kappell,	"	2 "
9. D. Kappell, Weißbierverleger	"	1 "
10. S. Fahl, Gastwirth	"	3 "
11. H. v. Hagen, Zimmermeister	"	4 "

Nach Amerika sind ausgewandert:

12. E. F. Waagh, Schriftsetzer	"	2 "
13. F. Schiele,	"	"
14. Reinh. Kuefer, Tischler	"	1 "
15. Aug. Keitel, Schlosser	"	"
16. E. F. Hermann, Korbmacher	"	1 "
17. H. J. Oelmann, Kolporteur	"	4 "
18. Künneke, Buchbruder	"	"
19. Bahniß, Arbeiter	"	2 "
20. Broda, Maler	"	4 "
21. H. Kraft, Zinngießer	ledig	"
22. Wilmann, Gastwirth	verheirathet	1 "
23. E. Wölff, Schuhmacher	"	"
24. H. Sauerbe, Buchbinde	"	1 "
25. H. Cordes, Schuhmacher	"	1 "
26. H. Finz, Hutmacher	"	5 "
27. G. E. Kürschner, Schuhmacher	"	"
28. E. Brückmann, Zigarrenarbeiter	"	4 "
29. August Forstner,	"	7 "
30. Otto Reimer,	"	4 "
31. H. Leusch, Feinwaarenhändler	"	2 "
32. H. Brasch, Kantuarbeiter	"	3 "
33. H. Jini, Metallarbeiter	"	5 "
34. Jul. Kölln, Zigarrenarbeiter	"	2 "
35. J. Ch. F. Kloth, Töpfer	"	5 "
36. Friedr. Sogenitz, Zigarrenarbeiter	"	5 "
37. Max Stöhr, Maschinenbauer	"	2 "
38. Rathjen, Tischler	ledig	"

Nach London ist ausgewandert:  
39. E. A. Zetteria, Schlosser verheirathet 5 "

Nach Christiania ist ausgewandert:  
40. E. R. Carlson, Gastwirth

Beschäftigung wäre also zu beschaffen für nachfolgende Personen:

41. E. Greifenberg, Schriftsetzer	verheirathet	4 Kinder
42. Aug. Baumann,	"	"
43. Rudolph Braach, Expedient	"	1 "
44. E. L. Vater, Maurer	"	3 "
45. H. Schöning,	"	2 "
46. W. Lange,	"	"
47. Köhn,	"	2 "
48. W. Hesse,	"	6 "
49. Schadow,	"	"
50. Seiffert,	ledig	"
51. Albert Paul,	verheirathet	"
52. Grelt, Zimmerer	"	"
53. Scher, Bäder	"	1 "
54. W. Rühle, Barbier	"	"
55. Ernst Breuel, Krämer	"	3 "
56. Dietrich, Barbier	ledig	"
57. H. Szymath, Schuhmacher	verheirathet	1 "
58. E. Anders,	"	3 "
59. Szymath, Schneider	ledig	"
60. Benzien,	"	"
61. Hennig, Tischler	verheirathet	2 "
62. F. Weidemann, Tischler	"	"
63. H. Szymath,	ledig	"
64. W. Schwependick, Tischler	verheirathet	3 "
65. Rathjen, Tischler	ledig	"
66. Rehm,	verheirathet	2 "
67. Heyer, Klempner	"	"
68. Fedor Siegriff, Schlosser,	"	2 "
69. Fischer, Bötcher	"	4 "
70. Kalkowiz, Zigarrenarbeiter	"	"
71. Joh. Pöhl,	"	"
72. H. Schlottmann, Former	"	5 "

Es sind außerdem von den seinerzeit aus Berlin Ausgewiesenen noch drei Personen vorhanden, für welche irgendwie ein Unterkommen geschafft werden soll. Es sind dies:

73. Palm, Weber	verheirathet mehrere Kinder
74. Rehnig, Weber	"
75. Barmann, Tapezierer	"

Genossen! Wirkt alle nach besten Kräften dafür, daß die genannten Gemäßigten so rasch als möglich Beschäftigung erhalten, damit sie sich und ihren Familien wieder einen Wirkungskreis und eine bleibende Stätte schaffen können und dadurch der Nothwendigkeit überhoben werden, von Euch Unterstützung beanspruchen zu müssen. Alle diesbezüglichen Mittheilungen wollet gelangen lassen an **Karl Grissenberger, Nürnberg, Weizenstraße 14.**

Bis aber alle wieder Arbeit und Brod haben, laßt nicht nach im Weben, im Sammeln für Eure Brüder und ihre

\*) Die von 44 bis 52 aufgeführten Bauarbeiter sind besondres während der Wintermonate zu jeder entsprechenden Arbeit bereit.

Familien. Ihnen die Verfolgungen seitens unserer gemeinsamen Feinde tragen zu helfen, ist unsere heiligste Pflicht! Und indem wir sie erfüllen, ermuntern wir unsere Genossen zugleich, im Kampfe nicht zu erlahmen und stärken unsere Partei durch die belebende Kraft des Solidaritätsgeföhles!

Also: Thun wir unsere Pflicht!

### Die Mosier, Hasselmänner, Anarchisten und Nihilisten\*)

sind, mit Erlaubniß für die Redensart, wohl stellenweise gute Kerle (?), aber durchaus schlechte Musikanten.

Nun denke der Leser nicht, ich wollte alten Kohl aufwärmen und mit Geschwätzen und Personen herumzanken, die ein für allemal verpönt sind. Die bösen Elemente sind abgethan, aber nicht das böse Element. Der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und „Sozialrevolutionären“, obgleich von der Partei an die Luft gesetzt, sitzt manchem Genossen noch im Fleisch. Der fanatische Unverstand und der unverständige Fanatismus ist nicht so leicht zu beseitigen und wird uns wohl noch öfter zu schaffen machen.

Damit man jedoch solcher starken Worte und des lauten Tones wegen den Autor dieses nicht der Ueberhebung beschuldige, schlage ich vor verammeltem Volke an die Brust: „Herr sei mir Sünden gnädig!“ Will mich damit zu der demüthigen Ueberzeugung bekennen, daß die Menschen nicht eingetheilt sind in Verständige und Unverständige, sondern daß jeder von jedem, von Vernunft und Unvernunft, seinen Theil mit hat. Der Herr Jesus wußte das schon, als er dem Gerechten nachsagte, daß auch der wenigstens des Tages siebenmal sündige. Mit der Anerkennung dieses Ausspruchs möchte ich dem etwaigen Vorwurf der Anmaßlichkeit begegnen, wenn ich mir hier erlaube auf die vom Fanatismus vernagelten Köpfe derb einzuhauen. Handelt es sich trotz der rauhen Form mir doch nur um friedliches Verständniß und freundliche Verständigung, nur um die Sache und nicht um Personen.

Was aber könnte unverständiger und unsachlicher sein, als mit dem Kopf Wände einrennen oder irgend etwas wollen, was man nicht kann? Dazu gehört besonders das „Revolutioniren“ im wüsten Sinne des Wortes. Ich stimme für Revolution, bin inwendig so grimmig aufgebracht wider den hohen und höchsten Plebs, daß ich ihnen Mann für Mann die Köpfe abschlagen und ihre Palais in die Luft sprengen möchte, wenn auch der kölner Dom und seine ganze Kunst mit verfrachte. Aber nun frage ich den Bruder Straubinger: was kann die Wuth, was kann der Groll und der ganze Fanatismus helfen? Ja, wenn das Volk seinen Feindern die Hälse umdreht, die Beine ausreißt und die ganze Akerzivilisation mit Petroleum verbrennt und Dynamit sprengt, dann könnten wir schon leichten Herzens den Schaden ansehen, weil eben das Gute, Wahre und Schöne unvergänglich ist und nach allen Stürmen sich wie ein Phönix aus der Asche erhebt.

Es läßt sich also der revolutionäre Fanatismus begreifen und entschuldigen; aber Zweck und Verstand darin finden und eine Theorie daraus machen wollen, ist unsinnig.

Unter Umständen, ja, wenn die Schlacht unvernünftig, nimmt man sie an und bohrt dem Feind den Säbel ins Geföhle, bis ans Hest. Sind wir aber mit dem Heere in ungünstiger Situation, so nehmen wir die Schlacht nicht an. Dann wird mandirirt, geplänzelt und parlamentirt, „gefegliche“ und ungefegliche Märsche gemacht, heftig vorgestoßen und listig zurückgezogen, ritterlich und jesuitisch gefochten, — alles, wie es die große Sache fordert. Aber immer muß Sinn und Verstand dabei sein, immer der Kopf oben.

Und waren wir denn schon oder sind wir heute in der Lage, eine Schlacht anbieten zu können? Ist das Heer hinreichend zahlreich und geschult? Sind Waffen, Munition und Proviant vorhanden? Ist Aussicht auf Erfolg? — Die Fragen verdienen keine Antwort. Man mag seine Freude daran haben,

\*) Wir lassen die fällige Fortsetzung unserer Artikelreihe „Revolution oder Reform?“ für diesmal ausfallen, um die Einsetzung anderer werthen Genossen nicht bis zuletzt zurückstellen zu müssen. Uebrigens sind uns noch weitere Einwendungen über dies Thema angekündigt. Wir können eine Behandlung dieser wichtigen Frage von den verschiedensten Standpunkten aus nur für wünschenswerth erklären. Unsere Ansicht kennt man im allgemeinen bereits aus unserer Erklärung gegen die Auer'sche Meinung. Als ächte Demokraten hindert uns das indes nicht, auch andere Ansichten zur Geltung kommen zu lassen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine solche Debatte nur lehrreich wirken kann, und daß die unterrichteten Parteigenossen schließlich un schwer das Richtige finden werden.

wenn das Volk die Verdüme-Säule umwirft; wer aber nicht im Kopf hat, als Steine umwerfen und Hälse umdrehen, dem fehlt es an der nötigen Größe.

Die Lage der Dinge fordert anderes. Gewiß wollen wir die Verhältnisse total verändern; aber nicht so total, daß an die Stelle des Verstandes der Unverstand trete. Wer kein Bramarbas ist, muß gestehen, daß alle verständigen und unverständigen Revolutionäre zusammengenommen nur erst eine winzige Minderheit anmachen. Koch schäumt die große Masse nicht in Wuth; der Knechtstimm ist viel größer als der Zugrimm; und das arme Volk so unwissend, daß es seinen Feind kaum noch instinktiv erkennt. Da ist denn für die Einsichtigen viel mehr geboten, positiv vorzugehen, als nihilistisch.

Wohl ist die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Privatguthum und der Baarenfabrikation ins Blaue hinein, kommt den Stützen, die Papst, Kaiser und Reich zusammenschleppen, so morsch, daß sie vor einem mit Elan ausgeführten Volksangriff zusammenbricht. Aber wo soll der Elan herkommen? Ihn mit Hasselmann'schen Parlamentäredens oder Most'scher Polterei herorrufen wollen, ist gar kindisch. Entweder muß er unverhofft, gleichsam von Naturereignissen, beigebracht werden und dann sind wir gern mit dabei; oder die klare Einsicht von der Unhaltbarkeit und ruinösen Immoralität der herrschenden Gesellschaft und der leichten Weise, mit welcher der Volksstaat das soziale Elend beseitigen kann, muß sich der großen Masse bemächtigt haben.

Damit soll durchaus nicht in das Horn derjenigen mit eingestochen sein, welche die stürmische Entwicklung mit der eigenmächtigen Ausrede zurückhalten möchten: die Sache sei gut, aber das Volk sei nicht reif für die Sache. Wenn das Volk an Stürmen geht, so ist das der beste Beweis seiner Reife. Wenn aber die „Revolutionäre“ mit den Wänschfäcken zu Putzchen und Kravallen, zum Sturm mit dem Kopf auf die Wände verleiten wollen, wird damit die Unzurechnungsfähigkeit dieser Helden evident.

Die deutschen Nihilisten machen aus der Revolution einen Fetisch. Sie glauben das Stürmen und Poltern sei um seiner selbst willen da, sei heilig und heilig „an sich“. Das Stürmen ist nur gut und verständlich im Zusammenhang mit den anderweitigen Verhältnissen, nur wo es Zweck hat und zum Zweck führt, wo der Zweck ein Allererwünschtes und nicht ein lokofaler Putzch oder eine persönliche Intrigue ist. Es geht dabei nicht um den Kampf, sondern um den Frieden, nicht um die Zerstörung, sondern um den Aufbau. Daß man nur durch Kampf zum Frieden, nur durch Niederschlagen des Waldes zu Holz für den Bau gelangt, ist eine Thatsache, die Kampf und Niederhanen wohl notwendig, aber nicht zum Selbstzweck macht.

Verstand heißt Ordnung und Unterordnung des Kleinen unter das Große, der Nebendinge unter die Hauptsache. Den Konstatieren, die stürmen wollen ohne Zweck und Aussicht auf Erfolg, fehlt es an Verstand.

Das frische Blut des Volkes und seine gesunden Knochen sind sein einziges Gut, mit dem es alle Ursache hat zu gehen und Hans zu halten. Mit Stürmen und „Revolutionen“ hat es leider schon zu viel davon für seine Feinde vergeudet. Das soll aufhören. Es sollen ihm die Kräfte des Sieges nicht mehr von übermüthigen Säbelhelden eskamotirt werden. Dazu gehört denn ein demokratisches Regiment, gehört, daß jeder, daß die große Volksmasse auf ihrem Posten ist. Das aber ist und kann sie nur sein, wenn man vollständig darüber im Klaren, daß die erste Bedingung für Freiheit und Republik eine genügende Verproviantirung ist, und also die Führerschaft nicht der nihilistischen Verwüstung, sondern der ökonomischen Einsicht zugehört, welche das Kleine dem Großen, die Nebendinge der Hauptsache organisatorisch zu unterordnen weiß.

Es ist nicht genug mit dem Poltern und Stürmen. Es will gestürmt sein mit einer geschulten Volksmasse, und muß deshalb die Schulung dem Sturm vorhergehen, und sollten wir, durch frühere Erfahrungen wohl gewarnt, mit letzterem solange zurückhalten, bis uns der Sieg voranschreitlich gleichsam als reife Frucht in den Schooß fällt. Der Feind soll uns zu keiner verfrühten Schlacht provoziren.

### 3. Diegen.

Nachschrift. Just indem ich dies zur Post geben will, kommt mir Nr. 42 mit dem Artikel von Genosse Auer zu Gesicht, mit dem ich herzlich einverstanden bin.

## Noch einmal die Stellung unserer Partei zur bürgerlichen Demokratie.

In dieser vielbesprochenen Frage erhalten wir noch zwei Einsendungen, welche zwar auch noch andere Dinge behandeln, deren Ausführungen sich aber in der Hauptsache mit der Stellung der Sozialdemokraten gegenüber den bürgerlichen „Demokraten“, namentlich gegenüber den Reichstagswählern befassen. Wir stellen deshalb die beiden Aufsätze hier zusammen und werden uns nur zum Schluß eine kurze Bemerkung erlauben.

### Aus Schwaben, 1. Nov. Gesühlpolitik oder nicht?

In Nr. 41 des „Sozialdem.“ habe ich im Einverständniß mit einer Anzahl Genossen für die Gesamtstadt einer Stichwahl zwischen einem Konservativen einerseits und Sozialdemokraten andererseits meine Ansicht dahin ausgesprochen, geschlossenen Mann für Mann den Sozialdemokraten niederzukommen und dem Konservativen zum Siege zu verhelfen, so sehr auch das Gefühl des einen oder anderen Genossen gegen eine solche Taktik sich sträuben möge, da wir am allerwenigsten Gesühlpolitik treiben dürfen. Gerade ein solches Verfahren aber nennt Genosse Leo in Nr. 42 d. Bl. die schändliche Gesühlpolitik, die nur denkbar sei und die schließlich zur Charakterlosigkeit führen müsse und hält es als den Charakter unserer ganzen Bewegung entsprechend für geboten, „nur für den am weitesten nach links stehenden Kandidaten, und sei er persönlich noch so unpopulär, einzutreten“.

Zweifelhaft muß ich allen Genossen den in der „Ergänzung ohne Namen“ verfaßten heftigen Vorwurf zurückweisen, als ob ich von irgend welchen persönlichen Sympathien oder Antipathien befangen wäre. Wenn auch besonders bei Stichwahlen Person und Sache oft schwer von einander zu trennen sind, so weiß ich mich doch von jeder Vorurtheilhaftigkeit gegen irgend welche Persönlichkeit frei, zumal da wir die demokratischen Größen fast alle persönlich unbekannt sind.

Welches wäre nun aber so ein „am weitesten nach links stehender Kandidat“ nach dem Herzen und „Welschma“ des Genossen Leo? Doch nicht Eugen Richter, der, wie seine neuesten Exploitationen in Oberleitens-Barmen beweisen, noch immer fortjährt, den wehrlos und gefurcht am Boden liegenden Gegner mit Roth zu beweren? Oder Kar

Rauer, der in der württemberg. Landtagssammlung die Sozialdemokratie verächtlich für eine importirte Waare erklärte? Oder Herr Fintel, der, im Trüben fischend, durch Verläumdungen die Partei zu diskreditiren sucht? Diese drei Persönlichkeiten habe ich herausgegriffen als die fortschrittlichsten Fortschrittler und wüthenden „Demokraten“, die sogar manchem ihrer eigenen Parteigenossen zu weit gehen.

Was verspricht sich denn Genosse Leo von der Wahl solcher Linker? muß ich vor allem fragen. Gehehen Falls, es läge heute im Reichstag eine fortschrittlich-demokratische Majorität und abendlein am Bundesratsstisch Eugen Richter als Präsident und dabei Carl Mayer als förmlich württemberg. und Herr Fintel als förmlich. sächs. Bundesratsmitglied, — glaubt er etwa, dann würde das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten aufgehoben? Im Gegentheil; noch verschärft würde es. Denn darüber dürfen wir uns keinerlei Illusionen hingeben, da ja gerade in den Kreisen der bürgerlichen Demokratie unsere verdienstlichen und bornierten Gegner zu suchen sind, die den ökonomischen Fragen der Gegenwart auch nicht das geringste Verständniß entgegenbringen. Genosse Leo soll nur einmal unsere Durchsichtsdemokraten in ihren eigenen Höhlen anschauen, wenn sie so ganz en famille bei einander sitzen und hinter dem Schoppen über die schlechten Zeiten, die vielen Steuern und Soldaten, über Bismarck und — last not least — die Lumpen von Sozialdemokraten schimpfen, die das Lande seitend durchschneiden und unheilbar machen. In den Augen dieser Rothbäuger nämlich ist jeder reisende, zur Juanspruchnahme fremden Mittels gezwungene Handwerkerklasse von Hans aus Sozialdemokrat, „dem vor allen Dingen 25 woblgehabte aufgemeinen gehören.“ (Wörtliche Aeußerung einer demokratischen Leuchte!)

Die Wahl solcher Menschen, die heute demokratisch-republikanisch renomiren, um morgen konstitutionell-monarchisch zu erscheinen, müßte uns nicht nur nichts, nicht nur Opportunitätsgründe sprechen dagegen; unter Prinzip schon, der Charakter unserer ganzen Bewegung als einer politischen, ökonomischen und religiösen von Grund aus revolutionären gebietet es uns, die „Charakterlosigkeit“ in jeder Form bis auf's Messer zu bekämpfen, um die Extreme so schnell wie möglich auf die Spitze zu treiben, die Katastrophe so bald als möglich herbeizuführen. Es ist also keine unnütze „Gesühlsanwandlung“, keine Kapripote oder Marotte, auch keine Welschma-vorurtheilhaftigkeit, sondern nüchternste, zielbewusste und prinzipienreine Verhandlungsbewegung, die den Entschluß in uns Schwaben reifen ließ, im gegebenen Fall für den Konservativen gegen den „Demokraten“ zu stimmen, um mit den Halbbreiten endlich einmal gründlich aufzuräumen und Klarheit in die Situation zu schaffen. Darum noch einmal: lieber einen offenen ganzen Reaktionär als einen politischen Dudelmäuser! Wenn sein muß, ihr Vorkör Stüder gegen Eugen Richter!

Zum Schluß noch ein Wort über das aus der alten Parteimache hervorgegangene und aufgehängte Stild „namentlicher Gesühlpolitik“. Aus ihr läßt sich in der That die recht beherzigenswerthe Lehre ziehen, von der Persönlichkeit eines Mannes, und wäre derselbe auch ein größerer als der bewußte „große Sozialist“, sich nicht in dem Grade beeinflussen zu lassen, daß man sogar dessen momentanen Vannem blüblings und willenslos sich fügen und unterordnet. Eben dieses Schwören auf die Worte eines großen Meisters hat in der Partei die und da einen leidigen Personenkultus großgezogen, den wir erst allmählich zu überwinden beginnen — ein lästiger Anfang wäre mit Roth und Hasselmann gemacht! —, statt die Genossen zu selbstbewußtem Denken anzuspornen und zu selbstthätigem Handeln anzuleiten.

Wenn in letzterem diese meine Zeilen eine kleine Anregung gegeben haben, so haben sie in ihrem Theile ihren Zweck erfüllt.

**Aus Schwaben, 3. Nov. Die „Volkspartei“** hat es nun doch für nöthig befunden, ihr bisheriges bodenmüthiges Schweigen zu brechen, weil sie allgemein zur Erkenntniß kam, daß die Taktik des Ignorirens dem doch eine zu erbärmliche sei. Das offizielle Organ der Bourgeoisdemokratie, die „Demokr. Korresp.“ bekräftigt in einem längeren Artikel das Verhalten der süddeutschen, speziell der schwäbischen Sozialisten bei den kommenden Reichstagswahlen und die Angriffe, welche wir gegen die „Volkspartei“ gerichtet. Auf die von uns angeführten Thatsachen, durch welche das energie- und prinzipienlose Treiben der Volksparteier hervorgerufen wird, geht man kritischerweise nicht ein, weil man sieht, daß hier jede Verteidigung nutzlos wäre. Dagegen übergibt man an unserm Vorlage, die Bourgeoisdemokraten nicht mehr zu unterstützen: „Wir glauben unterstellen zu dürfen, daß es vor allem eine Regierung der Witterung ist, welche jene Aitnae inspirirt hat, der Eifersucht darüber, daß, wie Eugen Richter dies von der Fortschrittspartei im Norden sagt, im Süden die Volkspartei „im Advanciren begriffen“ ist. Nun sollte man freilich meinen, daß die schwäbischen Sozialisten über die Kräftigung des demokratischen Gedankens an sich im Volke, wie über die Aussichten auf eine Stärkung der entschiedenen Opposition im Reichstags nur erercent sein müßten; statt dessen predigen Einzelne von ihnen den Kreuzung gegen die Demokratie! Das ist auch eine Art „Gesühlpolitik“ aber keine besonders schöne! Weiter wird uns unterstellt, daß wir eventuell bei Stichwahlen für — Barnbiller und Hölzer stimmen wollten. Das letztere ist einfach lächerlich, da gar keine Aussicht vorhanden, daß in den einschlägigen Wahlbezirken — Cannstatt und Stuttgart — die Volkspartei auch nur zur Stichwahl kommt. In Stuttgart wird vielmehr, wenn Stichwahl eintritt, der Kampf zwischen uns und den entschiedenen Bismarckianern ausgefochten werden. Die Volkspartei ist hier bedeutend schwächer, als wir. In Cannstatt kommt es voranschreitlich überhaupt zu keiner Stichwahl.

Ich will noch einmal kurz die Gründe darlegen, welche für unser Verhalten entscheidend sind (das mag zugleich als Antwort für Leo dienen). Wir betrachten die „Volkspartei“ als eine schändliche Zwischenbildung, welche die Entwidlung des Freiheitsgedankens im Volke durch ihre Halbheit, Unzuverlässigkeit und ihr Vbrascenium hemmt. Wir kennen diese Leute aus nächster Nähe und wissen, daß sie, mit seltenen Ausnahmen, in wirtschaftlichen Fragen absolut reaktionär, in politischen Fragen energie- und prinzipienlos sind. Wie können wir Hoffnungen setzen auf eine Partei, die bei ihren Schoppenkonventikeln ganz, aber ganz leise die Republik hochleben läßt, während ihr Führer Karl Mayer in der Kammer mit Pathos erklärt: „Ich bin Anhänger der konstitutionell-monarchischen Verfassung!“ Was sollen wir erwarten von Leuten wie Ferdinand Schneider (Mannheim), der im badischen Landtagsaal und benutzend, der mit seinen Rathhousfreunden das Zentrumswahl-system verschärfen will, nur um unser Fortschreiten zu demmen? Diese Menschen wollen mildebeten ernten, wo wir gras, sie wollen die Tribunen spielen aus Eitelkeit, sie denken aber gar nicht daran, wirklich etwas Ernsthafes für das Volk zu thun. Dadurch aber, daß wir mundtot sind, ist ihnen die Möglichkeit geboten, sich als Volksmänner anzupreisen. Unabhängig zur reinen Aktion, sind sie doch jetzt noch im Stande, einen Theil des Volkes glauben zu machen, daß mit der Erfüllung ihres ausschließlichen politischen Programmes Alles erreicht sei. Und wie lässlich sie sich sonst auführen! Sie schließen ein Wahlbündniß mit den preussischen Fortschrittlichen, mit politischen Hämmlingen, die am Knochen des Reichthums nagen jahrons, jahrein, die sich in Berlin die Segnungen des Belagerungszustandes zu Nuzen machen wollen, um uns ein paar Plaudate abzulagen, die im Grunde mit der Polizei gegen uns antreten und sogar vor zwei Jahren durch Hänel im Reichstags Verleumdung der Strafgelche officieren ließen.

Eine gewisse Berechtigung hätte die Unterstützung der „am weitesten links stehenden Vorkör“ nur dann, wenn wir überhaupt von parlamentarischer Arbeit für uns Etwas erhofften. Ist denn das aber der Fall? Uns ist es zweifellos, daß sogar ein paar Duzend Volksparteier oder Fortschrittler mehr im Reichstags nicht das Mindeste zu Gunsten der Freiheit ändern würden. Nicht auf dem Boden des Parlamentes kann unter Sieg erkämpft werden und am wenigsten im Bunde mit Leuten, wie die Volksparteier nun einmal in ihrer Mehrheit sind. Halten sie ja nicht einmal fest zu ihrem eigenen, doch gewiß nach unseren eigenen Begriffen recht jähnen Programm! Was wir antreiben müssen, ist die Scheidung der wenigen ehrlichen Elemente von der durch und durch unheiligen Masse. Eine solche Scheidung wird jedoch nur vergrößert, wenn wir jener Partei durch unsere Unterstützung einen Schein von Stärke verleihen, deren sie in Wahrheit ermangeln. Wir wollen keine Bahn. Wer für das Volk einstehen will, der soll es ganz und voll thun, wer reaktionär ist, der mag in das Lager ziehen, wohin er gehört.

Nun haben wir in Wahrheit gar nicht beschloffen, überall in den Stichwahlen gegen die Volkspartei zu stimmen. Wir haben einfach für Wähe wie Mannheim und Heilbronn erwogen, daß man keinem Volksparteier mehr zum Siege verhelfen dürfe. Das werden wir anrecht erhalten und vertreten. Das stimmt auch durchaus mit dem heiligsten Kongressbeschlusse über die Stichwahlen. Wenn in jenem Beschlusse

durch Einschaltung des Ausdrucks „im Allgemeinen“ eine Art Kaufschußbestimmung geschaffen ward, so geschah das sehr gegen den Willen der süddeutschen Delegirten, die sämmtlich von einer Unterstützung der „Volkspartei“ entschieden Nichts wissen wollten. Namentlich im Hinblick auf den Kompromiß Rynberg-Jülich des Jahres 1878 wollten wir diesmal zur rechten Zeit klare Bahn schaffen, damit nicht über unsere Köpfe hinweg Abmachungen eingeleitet werden, denen wir keine Folge geben könnten.

Unsere Aufgabe ist, dem Volke klar zu machen, daß die politische Freiheit von der ökonomischen unzerrenlich ist und in der Erfüllung dieser Aufgabe ist uns die „Volkspartei“ keine Förderung, sondern ein Hemmnis.

**Schlusßbemerkung der Redaktion.** Wir halten diese Frage namentlich für hinreichend erörtert und erklären deshalb die allgemeine Besprechung derselben für geschlossen. Wir unterwerfen uns dem Gesagten — unter Beseitigung aller Nebenstichlichen Umstände und gelegentlichen, sachlichen und persönlichen, Hinauslassungen — ein Wort zur Kennzeichnung der grundsätzlichen Stellung hinzufragen, welche der württemberg. Parteikongress in dieser Frage einnimmt.

In der in der letzten Sitzung stattgehabten Verhandlung über die Wahlangelegenheiten beschäftigte man sich mit der von unserer Partei bei allfälligen Stichwahlen einzunehmenden Stellung in eingehender Weise. Acht Redner sprachen sich bedingungslos gegen alle Bündnisse mit anderen Parteien bei Gelegenheit von Stichwahlen aus. Die einstimmige Auffassung war die, daß durch den bekannten hierbergehörigen Kongressbeschlusse Wahlkompromisse grundsätzlich verboten seien. Daß die Worte „im Allgemeinen“ hinzugesetzt werden, geschah keineswegs, um — nach Eud's Ausdruck — eine „Kaufschußbestimmung“ zu schaffen. Der Grund der Ausnahme dieser Worte war der, daß man sich für den allerdings wunderwilligen aber doch als möglich zu denkenden Fall, daß ein weiser Wähe der Demokratie, ein wirklich freisinniger Mann, der rückhaltlos und unerschrocken für alle politischen Forderungen unseres Programms eintritt und sich gegen unsere sozialen Bestrebungen sympathisch verhält, wenn er auch nicht direkt unserer Partei angehört — daß man sich für einen solchen Fall nicht die Hände binde und sich am Ende in die Zwangslage versetze, unthätig zusehen zu müssen, wie ein solcher achter Demokrat einem Reaktionär unterliegt, während wir die Niederlage des letzteren herbeiführen könnten. Diese Annahme war freilich mehr eine theoretische, denn es gibt solcher Männer wenige und wo sie leben, haben sie erahrungsgemäß keinen Einfluß in der bürgerlichen Demokratie; wer aber nicht ein Doktrinär ist, der über der Form den Geist zu Grunde gehen läßt, der wird in dieser Ausnahme keine Verletzung der Grundgesetze erblicken. Sie ist das unvorzuziehliche und die Genossen brauchen keineswegs zu befürchten, daß „Abmachungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, denen sie nicht nachkommen können“, weil ausdrücklich erklärt wurde, daß auch in dem angenommenen Fall die Partei als solche mit der Beseitigung an der Stichwahl nichts zu thun habe, sondern letztere Sache der Genossen des betreffenden Wahlkreises sein solle. Uebrigens wurde von einem Redner ausdrücklich gefordert, daß auch in dem angenommenen Fall eine Beseitigung an der Stichwahl zu Gunsten des Betreffenden nur dann statthaft sei, wenn der Wahlhänger desselben schon vor der Wahl erklärt habe, daß er für den Fall, daß der sozialistische Kandidat in die Stichwahl komme, diesem seine Stimme gebe.

Man wird sagen, daß wir unter diesen Umständen so gut wie nie für einen Nichtsozialisten stimmen werden. Nun, desto besser! Wenn aber so durch den Kongressbeschlusse jedes Bündniß mit der Nicht-Fisch-nicht-Fleisch-Partei der Volkspartei und ähnlichen Leuten verworfen ist, so ist es ohne jeden Zweifel ebenso ausgeschlossen, daß Sozialdemokraten für einen konservativen oder sonstigen Kandidaten der „Ordnungspartei“ stimmen, wie es unsere zwei schwäbischen Genossen bedingungslos bekräftigt haben. Schon aus dem Kongress hat sich ein Redner unter Zustimmung entschieden gegen diesen Vorschlag gewandt.

Nun noch eine schließliche Verichtigung. Eud meint, die von ihm angeführten Worte „im Allgemeinen“ seien „sehr gegen den Willen der süddeutschen Delegirten, die sämmtlich von der Volkspartei nichts wissen wollten“, angenommen worden. Der erste Theil dieser Behauptung ist, soweit man nach Thatsachen urtheilen kann, unrichtig. Nicht ein einziger Vertreter hat gegen die Aufnahme der bezeichneten Worte gesprochen, offenbar weil alle dieselben in dem erläuterten Sinne aufzufassen. Entweder waren also die süddeutschen Vertreter damals derselben Meinung und haben dieselbe — die Wichtigkeit der Eud'schen Behauptung vorausgesetzt — erst später gelächelt, oder die Aufnahme der Worte war schon damals sehr gegen ihren Willen und dann ist es nur zu verwundern, daß sie ihre Ansicht nicht geltend machten, wo sie am so leichter Gelegenheit hatten, als bei der Wahlbesprechung vier süddeutsche Vertreter sprachen.

Und nun zum Schluß. Die Erörterung der besprochenen Frage im Parteiorgan war ganz gut, insofern sie nicht nur die Wünsche der sozialistischen Wähler und die allgemeine Forderung, daß sich die Sozialdemokratie rein halte von jedem Kompromiß mit anderen, sondern ein bar freisinnigen Parteien, an den Tag legte, sondern auch, weil man an solchen herausgerissenen Beispielen den praktisch politischen Sinn klar bilden und leben kann. Nach der freien Besprechung aber tritt der — durch den Kongress gelagte — Parteibeschlusse in seine Rechte. Das abschließende Urtheil des Kongresses über die sogenannte „demokratische“ oder „Volkspartei“ war ein einstimmiges und zwar sprachen sich nicht nur süddeutsche Vertreter, sondern auch solche aus Norddeutschland und der Schweiz in diesem Sinne aus. Diese Partei wird also jedenfalls auf dem Boden sein, wenn sie ihre Wahlberechnungen so einrichtet, daß darin keine einzige sozialdemokratische Stimme angeschrieben steht. Die Sozialdemokraten werden eben „im Allgemeinen“ — d. h. mit einziger Ausnahme des oben bezeichneten, ziemlich unwahrscheinlichen Falles — sich mit keiner Partei einlassen, sondern überall nur selbstständig auftreten und nur für einen gesinnungstreuen Sozialdemokraten stimmen.

Die Fortsetzung der „Tschigiriner Affäre“ müssen wir diesmal Raummangels wegen ausfallen lassen; sie wird in nächster Nummer erscheinen. Uebrigens geht die Artikelreihe ihrem Schluß zu. Wir werden demnächst aus der Feder unseres russischen Mitarbeiters eine Darstellung des jüngsten petersburger Nihilistenprozesses bringen.

## Sozialpolitische Rundschau.

### Schweiz.

Die Sozialisten Zürichs vereinigen sich am letzten Sonntag zu einer erhebenden Kundgebung für die Opfer des hamburger Belagerungszustandes. Der große Saal des alten Schönenhauses war bis auf den letzten Platz gefüllt; denn nicht nur die deutschen Genossen, sondern auch Angehörige aller Länder und Gesellschaftsklassen waren erschienen, um gegen das barbarische Vorgehen der deutschen Behörden zu protestiren. Ein eigens für diesen Abend verfaßter Prolog („Das Grab zu Ottenen“) eröffnete die Unterhaltung; ihm schloß sich ein Gesangsvortrag der Gesangssektion des deutschen Vereins an, worauf ein Genosse in einstündiger zündender Rede die gegenwärtige Unterdrückung der Sozialdemokratie geißelte und die Prinzipien der verfolgten Partei erörterte. Hiernach wechselten dem Zweck entsprechende Gesangsbeiträge, Deklamationen und Instrumentalproduktionen ab. Ein gemüthlicher Tanz beschloß die angenehme



